

6 Bolivien

6.1 Kurzportrait des Landes

Bolivien ist eines der ärmsten Länder Südamerikas, mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von knapp 1000 US\$ im Jahr und Armutsindikatoren, die eher aus afrikanischen Staaten südlich der Sahara bekannt sind. Die Einkommen sind auch im regionalen Vergleich stark ungleich verteilt. Von den 8,3 Millionen Bolivianern leben 63% unter der nationalen Armutsgrenze, im Vergleich zum Durchschnitt in Lateinamerika von 36%. 70% der Bevölkerung müssen mit weniger als 2 US\$ am Tag auskommen, 42% mit weniger als 1 US\$. Auf dem Land ist die Armut noch größer, dort leben rund 80% unter der nationalen Armutsgrenze, ca. 70% von weniger als 1 US\$.

Die Lebenserwartung bei der Geburt beträgt in Bolivien 62 Jahre, 8 Jahre weniger als der lateinamerikanische Durchschnitt und die Kindersterblichkeit ist mit 67 Todesfällen bei 1000 Geburten ebenfalls überproportional hoch. Besonders betroffen von der Armut ist die überwiegend in den ländlichen Gebieten lebende und in der Subsistenzwirtschaft tätige indigene Bevölkerung. 60-70% der Bevölkerung gelten als indigen. Am benachteiligten sind die nicht spanisch sprechenden Bevölkerungsteile. Hier herrschen zumeist extreme Armutsbedingungen vor. Im PRSP wird darauf verwiesen, dass sich die Armut als Folge der wirtschaftlichen Krise des Landes am Ende der 90er Jahre weiter verschärft haben könnte.

Bolivien hatte 2000 ein BIP von 8,2 Milliarden US\$ (Agrarsektor: 22%, Industrie: 15,3% Dienstleistungen 62,7%). Das Wirtschaftswachstum lag während der 90er Jahre im Schnitt bei 4%, sank aber zum Ende der 90er dramatisch ab (1999: 0,4%, 2000: 2,4%). Die Exporte im Jahr 2000 beliefen sich auf 1,23 Milliarden US\$, wobei Rohstoffe die wichtigsten Handelsgüter bleiben. Erdgas und Erze/Mineralien sind die wichtigsten Exportgüter. Sojabohnen, Zink und Erdgas machen zusammen knapp 40% der Exporte aus. Boliviens Terms of Trade haben sich in den 90er Jahren weiter verschlechtert und die Auslandsverschuldung stieg dramatisch an. Bolivien hat sich daher bereits für einen Schuldenerlass unter der ersten HIPC Initiative qualifiziert und ab 1998 gewährt bekommen. Im Rahmen der erweiterten HIPC-Initiative werden weitere Erlasse gewährt.

Boliviens zügige Begünstigung durch die HIPC Initiativen basiert auf mehrjähriger enger Zusammenarbeit mit IWF und Weltbank. Lange galt das Land als Musterbeispiel erfolgreicher Strukturanpassungsprogramme, dem es gelungen war die wahnwitzigen Inflationsraten von Mitte der 80er Jahre auf unter 4% zu senken und das Wirtschaftswachstum wieder in Gang zu setzen. Der scheinbar erfolgreichen Entwicklung durch die Strukturanpassungsprogramme standen nur minimale Erfolge in der Armutsbekämpfung gegenüber. 1994 hat sich Bolivien in einer Verfassungsreform als multiethnisch und multikulturell konstituiert und damit eine Grundlage zum Abbau der Benachteiligungen der indigenen Bevölkerungsteile geschaffen.

Die vergangenen zwei Jahre waren durch starke Proteste gegen die Regierungspolitik geprägt, die wiederholt dazu führten, dass die Regierung den nationalen Notstand ausrief. Anlass war die sich verschärfende soziale Situation der Bevölkerung als Folge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Demonstrationen und Streiks richteten sich u. a. gegen die Kokavernichtungspolitik der Regierung, die Privatisierungen im Wassersektor und für Lohnsteigerungen im öffentlichen Dienst.

6.2 Bolivien in der HIPC-Initiative

Bolivien gehört zu den Ländern die bereits unter HIPC I eine Schuldenreduzierung erhalten haben. Die hier angeführten Angaben beziehen sich daher auf die Erlasse sowohl von HIPC I als auch von HIPC II. Die gesamten Auslandsschulden beliefen sich 1996 auf 5,174 Mrd. US\$ nominal, was einem Nettogegenwartswert (NPV) von 3,344 Mrd. US\$ entspricht.

Im ersten HIPC-Durchgang wurden die NPV-Schulden auf 2,895 Mrd. US\$ gesenkt (HIPC plus Verzicht Japans auf bilaterale Schulden). Im Rahmen der erweiterten HIPC sollen Bolivien noch einmal Entlastungen in Höhe von 854 Mio. US\$ NPV gewährt werden, damit würde der Schuldenstand auf ca. 2 Mrd. US\$ NPV fallen. Zusätzlich könnten bilaterale Erlasse den NPV-Schuldenstand weiter auf 1,604 Mrd. US\$ drücken.

Über den tatsächlich geleisteten Schuldendienst von Bolivien gibt es innerhalb des GDF sowie zwischen GDF und den HIPC-Dokumenten des Landes äußerst widersprüchliche Angaben. Relative Klarheit besteht letztlich nur in den zukünftig zu leistenden Zahlungen. Laut „*Enhanced Completion Point Document 2001*“ wird nach HIPC II 2001 ein Schuldendienst von 260,5 Mio. US\$ fällig, 2002 wird der Tiefststand mit 224,8 Mio. US\$ erreicht und danach klettert der Wert stetig an (2005: 234,8; 2010: 332,4; 2020: 1.177,6). Der Durchschnittswert für 2001-2010 wird mit 268,3 Mio. US\$ und für 2011-2020 mit 682,0 Mio. US\$ angegeben.

Die Weltbank rechnet mit tatsächlichen Schuldendienstesparungen in den nächsten 10 Jahren in Höhe von ca. 120 Mio. US\$ pro Jahr (Pressemitteilung vom 8. Juni 2001). Im PRSP wird von jährlichen Erleichterungen von im Schnitt jährlich 105 Mio. US\$ bzw. 100 Mio. US\$ bis 2005 gesprochen. Im günstigsten Fall von HIPC II plus darüber hinaus gehenden Erlassen bilateraler Schulden kann das Verhältnis von NPV-Schuldenstand zu den jährlichen Exporten für die nächsten 20 Jahre auf unter 150% gesenkt werden. Das Verhältnis von Schuldendienst zu den Exporten soll langfristig auf einen Wert von ca. 12% sinken und sich dort stabilisieren (1998 = 29%), im Verhältnis zum BIP auf 2,2% (1998 = 5%) und im Verhältnis zu den Staatseinnahmen von 19% 1998 auf ca. 10% in den nächsten 20 Jahren sinken (Status of Implementation, 26.9.2001).

Den genannten Prozentzahlen liegen folgende Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung vor: BIP-Wachstum von 5,5% im Jahr 2001, jährlich 6 % bis 2005 und 5% für die Zeit danach (im Vergleich: durchschnittliches Wachstum in den 90ern: 4%, 1999: 0,4%, 2000: 2,4%). Es wird für den Zeitraum bis 2006 von leicht verbesserten und für die Zeit danach von stabilen Terms of Trade ausgegangen. Angesichts des schwankenden Weltmarktpreises für die drei Hauptexportprodukte des Landes Sojabohnen, Zink und Erdgas mutet das optimistisch an.

Für Bolivien geht es momentan darum, ob sie nach 2003 ihren IDA-Status bei der Weltbank verliert und damit auch den verbesserten Status bei der IDB (die Berechnung orientiert sich am Pro-Kopf-Einkommen). Sollte das der Fall sein, wird das Land zukünftig nur noch die teureren IBRD-Kredite der Weltbank in Anspruch nehmen können. Damit besteht die Gefahr, dass die Regierung die Ersparnisse der HIPC-Initiative für die Neuverschuldung einsetzen muss. So hieß es in einer Debatte der Weltbankdirektoren: „the Bank might find itself in the paradoxical situation of penalizing a country for its good performance, since Bolivia might be forced to apply the gains from debt relief to acquiring more debt, thus defeating the purpose of debt relief“ (Weltbank 2001). Die Regierung bemüht sich um eine Ausweitung des IDA-Status bis zum Jahr 2007.

6.3 Programme mit den Internationalen Finanzinstitutionen

Bolivien hat im September 1998 vom IWF einen ESAF-Kredit im Umfang von 126 Mio. US\$ bekommen, dessen Zielsetzung unter anderem war „alle verbliebenen öffentlichen Betriebe zu privatisieren“ (inklusive Wasserversorgung). Die dritte Tranche (70 Mio. US\$) des jetzt PRGF genannten Kredits wurde im Juni 2001 gewährt. Das jetzt laufende PRGF-Programm hat das Ziel, zur wirtschaftlichen Erholung des Landes beizutragen. Das Land hat seit 1988 durchgehend ESAF-Programme mit dem IWF.

Mit der Weltbank laufen zurzeit u. a. folgende Programme und Projekte:

- Abapo-Camiri Highway Project (88 Mio. US\$)
- Education Quality and Equity Strengthening Project (75 Mio. US\$)
- Participatory Rural Investment Project (62,8 Mio. US\$)
- Programmatic Structural Adjustment Credit for Decentralization (60 Mio. US\$)
- Child Development Project (50,7 Mio. US\$)
- Regulatory Reform Sector Adjustment Credit Project (40 Mio. US\$)
- Education Reform Project (40 Mio. US\$)
- Health Sector Reform Project (35 Mio. US\$)
- Road Rehabilitation Project (77 Mio. US\$), geplant

Von der **IDB** bekommt Bolivien im Zeitraum 2000-2001 Kredite in Höhe von 2,3 Mrd. US\$, die Unterstützung des sozialen Sektors ist eine Priorität der Förderung durch die IDB, gefolgt vom Infrastrukturbereich.

6.4 Aufbau und Ziele des PRSP Boliviens

Das PRSP gliedert sich wie folgt

- Strukturreformen, Wachstum und Armut
- Armut in Bolivien
- Entstehungsprozess der Armutsbekämpfungsstrategie
- Die Armutsbekämpfungsstrategie
- Institutioneller Rahmen der Strategie
- Ressourcenverteilung und Finanzierungsmechanismen der Strategie
- Ziele, Überprüfung (monitoring) und Evaluierung der Armutsbekämpfungsstrategie
- Makroökonomischer Rahmen der Strategie
- Internationale Zusammenarbeit im Kontext des PRSP

Das Strategiepapier nennt unter anderem die folgenden Ziele für die Armutsreduzierung:

Der Prozentsatz der Bevölkerung, der unter der Armutsgrenze lebt soll von 63% (1999) auf 41% (2015) gesenkt werden. Die extreme Armut (1 US-Dollar pro Tag) soll im gleichen Zeitraum von 36% auf 17% fallen. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen einer bolivianischen Familie soll bis zum Jahr 2015 um 50% ansteigen.

Der Anteil der Landbevölkerung mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 2 US\$ pro Tag soll von 82% (1999) auf 52% gesenkt werden. Die Armut in der Stadt soll bis 2015 von 50% auf 37% fallen. Bis 2015 soll die durchschnittliche Lebenserwartung von 62 auf 69 Jahre steigen. Die Säuglingssterblichkeit soll von 67 (1999) auf 40 (2015) pro 1000 Lebendgeborene gesenkt werden, der Anteil der untergewichtigen Neugeborenen soll von 6% (2000) auf 3% (2006) sinken.

Die Müttersterblichkeit soll im gleichen Zeitraum von 390 auf 200 pro 100.000 gebärende Frauen abgesenkt werden. Damit bleibt die bolivianische Regierung bei den Zielen zur Säuglings- und Müttersterblichkeit hinter den international vereinbarten 2015-Entwicklungszielen. Der Anteil der Bevölkerung, der mindestens 8 Jahre eine Schule besucht hat, soll von 51% (1999) auf 67% (2015) steigen.

Es sind Wachstumssteigerungen von jährlich 5% ab 2003 und 5,5% ab 2008 geplant. Das BIP-Wachstum pro Kopf solle damit entsprechend von -1,8% 1999 auf 0,1% im Jahr 2000, auf 2,8% ab 2005, und auf 3,6% im Jahre 2015 steigen.

Die IFIs halten die Armutsreduzierungsziele für ambitioniert aber erreichbar, sofern das angepeilte Wachstum (5-5,5% jährlich) realisiert werde und es nicht zu Verschlechterungen in der Einkommensverteilung komme.

6.5 Die Armutsbekämpfungsstrategie des PRSP

Das bolivianische PRSP wurde im Mai 2001 den Exekutivräten von Weltbank und IWF vorgelegt. Mit rund 220 Seiten ist es eines der umfangreichsten Strategiepapiere, das bisher angefertigt wurde. Von den Gebern wird das Papier im Allgemeinen als besonders gut bewertet. Das JSA der IFIs lobt z.B., die bolivianische Regierung hätte die Erwartungen der IFIs an die PRSPs übererfüllt. Besondere Anerkennung findet die ausführliche Armutsanalyse, der Fokus auf Dezentralisierung und Monitoring, sowie die Integration von Armutsbekämpfung in den makroökonomischen Rahmen.¹⁶

Auch der Beteiligungsprozess ist aus Sicht der IFIs sehr gut gelaufen. Die Bretton Woods Institutionen vermissen allerdings eine klare Priorisierung der geplanten Maßnahmen, so sei z.B. in Bezug auf die Maßnahmen im Verwaltungs- und *Governance*-Bereich unklar, wie mit der Umsetzung begonnen werden soll.¹⁷

Die Ausarbeitung der Armutsbekämpfungsstrategie entstand unter verschärften innenpolitischen

¹⁶ Als ein positives Ergebnis der zivilgesellschaftlichen Beteiligung am PRSP-Prozess wurde die Etablierung formaler Strukturen der Überwachung der Verwendung der HIPC-Mittel unter aktiver Bürgerbeteiligung vereinbart. Die katholische Kirche soll eine wichtige und koordinierende Rolle in diesem Prozess spielen. Die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der Zivilgesellschaft sollen gesetzlich festgeschrieben werden. Die beteiligten Gruppen hatten sich ursprünglich für ein Kontrollmechanismus für alle armutsrelevanten öffentlichen Ausgaben ausgesprochen, also nicht für die über die HIPC-Mittel finanzierten. Der jetzige Stand ist, dass die vereinbarte Überwachung möglicherweise später auf alle Ausgaben ausgeweitet werden soll. Allerdings waren bis zum Ende 2001 noch nicht verbindlich Mittel für die Finanzierung des Mechanismus zur Verfügung gestellt worden (Pastoral Social Caritas Bolivia, zitiert nach CRS 2001.)

¹⁷ Auch ein bei Müller zitierter Mitarbeiter des BMZ, der beim PRSP-Prozess als Beobachter anwesend war, beurteilt das Strategiepapier als „jetzt-von-allem-mehr-Strategie“, die an den harten finanziellen Fakten scheitern muss (vgl. Müller 2001:50).

Spannungen (Streiks, Proteste, Ausrufung des nationalen Ausnahmezustands). Für die Regierung ist es daher notwendig, die armutsreduzierenden Maßnahmen zügig umzusetzen, um schnelle Erfolge vorweisen zu können, auch weil im Juni 2002 die nächsten Wahlen anstehen.

Die Bretton Woods Institutionen halten die Umsetzungsfähigkeit der Regierung jedoch genau auf Grund der aktuellen sozialen und politischen Spannungen für gefährdet (genannt werden Proteste gegen die Zerstörung von Kokaanpflanzungen und Aufstände indigener Bevölkerungsgruppen). Die Bretton Woods Institutionen gehen offensichtlich davon aus, dass die Proteste so schnell nicht abbrechen werden und die Umsetzung der Maßnahme verzögern könnten.

In der Tat könnte es sich auch als problematisch erweisen, dass die Regierung die politische Opposition nur sehr begrenzt in den Entstehungsprozess des PRSP eingebunden hat und sich kaum um Allianzen im politischen System bemüht hat. Viele der umstritteneren politischen Entscheidungen des PRSP wie z.B. die geplante Steuerreform werden bereits jetzt auf die Zeit nach den Wahlen im nächsten Jahr verschoben, weil die Regierung meint, sie momentan nicht durchsetzen zu können. Inwiefern eine neue Regierung die Ziele und Strategien des PRSP übernehmen wird, ist vor diesem Hintergrund ungewiss.

Anspruch der Strategie

Im PRSP wird Armut als Zustand definiert, seine Grundbedürfnisse auf Ernährung, Kleidung, Unterkunft, Bildung, Gesundheit, Sicherheit und Bürgerbeteiligung nicht befriedigen zu können und zwar als Folge fehlenden Zugangs zu Einkommensmöglichkeiten und sozialen Dienstleistungen und hoher ökonomischer Verwundbarkeit. Die Ursachen davon seien wirtschaftlich und sozial: volatile Verdienstmöglichkeiten, das Fehlen von Bürgerrechten, gesellschaftliche Marginalisierung und innerfamiliäre Gewalt. Die Definition der Dimensionen und Ursachen von Armut ist damit relativ weit gefasst und geht über den Ansatz z.B. des tansanischen Papiers hinaus, der sich stärker auf die Einkommensdimensionen von Armut und fehlende soziale Versorgung beschränkt.

Die Armutsbekämpfungsstrategie will Einkommensmöglichkeiten für die arme Bevölkerung schaffen, ihre (produktiven) Möglichkeiten und Fähigkeiten durch verbesserte Sozialleistungen fördern, ihre gesellschaftliche Beteiligung verbessern und ihre ökonomische Verwundbarkeit abbauen. Der Kampf gegen gesellschaftliche Diskriminierung, die Stärkung der ökonomischen, politischen und kulturellen Situation der indigenen Bevölkerung und von Frauen sowie das Ziel der ökologisch nachhaltigen Entwicklung sollen in der Strategie als Querschnittsthemen behandelt werden.¹⁸

Als das Einzige der in dieser Untersuchung überprüften PRSP widmet sich das bolivianische Papier ausführlicher der bisher verfolgten Entwicklungsstrategie und fragt nach deren sozialen Wirkungen und den Erfahrungen mit der Armutsbekämpfung. Damit wird immerhin der Versuch unternommen, systematischer zu klären, was bisher gewirkt hat bzw. gescheitert ist, um davon ausgehend die künftigen Weichenstellungen vorzunehmen. Allerdings gelingt es in den späteren Kapiteln des PRSP nur bedingt, aufzuzeigen, inwiefern die dargelegten strategischen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung auf der vorangegangenen Analyse aufbauen und wie vorangegangenen Fehlentwicklungen künftig vorgebeugt werden soll.

Die Strategie sieht vor, den Armutsabbau vor allem über eine Steigerung des Wirtschafts-

¹⁸ Im Gegensatz zu Absichtserklärung des *mainstreaming* von *gender*-Fragen, ist das Thema im PRSP-Prozess aber dennoch nur als isoliertes, zusätzliches Thema betrachtet worden (Beitrag von Caroline Moser, Enquete Kommission Globalisierung: Globalisierung und Gender am 18.2.02).

wachstums voranzutreiben. Die Armutsbekämpfungsstrategie verweist dabei aber auf den engen Zusammenhang und die Wechselbeziehung zwischen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung. Entsprechend sollen stärker als bislang die armen Bevölkerungsgruppen vom Wachstum profitieren. Dies soll über die Beförderung eines arbeitsintensiven Wachstums sowie über gezielte Investitionen in die Produktivität von Kleinbauern, Kleinstunternehmen und die indigene Bevölkerung erreicht werden.

Die bolivianische Strategie baut auf vier Säulen auf: Verbesserung der Einkommensmöglichkeiten der armen Bevölkerung, Stärkung der Sozial- und anderer prioritärer Armutsausgaben, Verbesserung der sozialen Absicherung und Ausbau der gesellschaftlichen Beteiligung der armen Gruppen.

6.5.1 Säule „Opportunities“

Die Betonung, die Einkommen der armen Gruppen steigern zu wollen, fällt in der bolivianischen Strategie sehr stark aus. Dabei soll es neben der Situation der armen Landbevölkerung, auch um die arme Bevölkerung in den urbanen Gegenden gehen. Während für die weit verbreitete und besonders drastische Armut auf dem Land vor allem die niedrige Produktivität, fehlende Märkte und mangelnde Infrastruktur verantwortlich gemacht werden, nennt die Armutsanalyse des PRSP fehlende Einkommensmöglichkeiten und die schlechte Qualität vieler Beschäftigungsverhältnisse in den städtischen Regionen als Ursache des dortigen ebenfalls weit verbreiteten sozialen Elends.

Im Rahmen der ländlichen Entwicklung sollen die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit kleiner landwirtschaftlicher Betriebe sowie nichtagrarische Einkommensmöglichkeiten gefördert werden. Umgesetzt werden soll dies unter anderem über Investitionen vor allem für Infrastruktur im ländlichen Raum (Straßenbau, Wasser- und Stromversorgung, landwirtschaftliche Infrastruktur¹⁹), über die Unterstützung von Kleinstunternehmen („microenterprises“) durch technische Beratung und Mikrokredite, sowie darüber hinausgehende Fördermaßnahmen für die ländliche Entwicklung. Landzugang und Pachtmöglichkeiten sollen gestärkt und ausgeweitet, die Produktion nichtagrarischer Produkte soll unterstützt werden.

Die geplante Unterstützung der Einkommenssituation der armen Stadtbevölkerung wird im PRSP weniger deutlich. Es sei schwierig, in Zeiten, in denen der Staat nicht mehr der größte Arbeitgeber im Land ist, diese große Herausforderung zu meistern. („...at a time when the State is no longer the largest employer, it is no simple task to solve employment problems, which are the most severe challenges confronting those who live in cities“, PRSP:14). Aus anderen Passagen des PRSP geht hervor, dass die strukturpolitischen Maßnahmen des PRSP auch als Schritte zur Schaffung von Einkommensmöglichkeiten im städtischen Bereich gesehen werden.

In den geplanten Ausgaben für die Umsetzung der Armutsbekämpfungsstrategie sollte der Bereich „opportunities“ mit 3,33 Mrd. US\$ zwischen 2001 und 2006 am stärksten profitieren nach „capacities“. In einem zweiten Durchgang der Kostenberechnung wurden auf Grund insgesamt fehlender Mittel ein Teil der ursprünglich geplanten Ausgaben in diesem Bereich aufgeschoben, sodass nun nur noch 2,44 Mrd. US\$ vorgesehen sind und er damit hinter den Aufwendungen für den „capacities“-Bereich der Strategie liegt.

¹⁹ Gemeint sind Lagermöglichkeiten, Silos, Gewächshäuser und Zubehör für die Tierzucht u. a. (PRSP:64).

6.5.2 Säule „Capacities“

Darüber hinaus ist vor allem eine quantitative und qualitative Stärkung der öffentlichen Ausgaben für Grundbildung (später auch für den Vorschul- und Sekundärbereich), Basisgesundheitsdienste und für die Wasser- und Abwasserversorgung in den ländlichen Gegenden vorgesehen. Dem PRSP lässt sich entnehmen, dass der private Sektor eine starke Rolle in der sozialen Versorgung spielen soll (s. Kapitel 6.8 *Makroökonomische Stabilitäts- und Strukturmaßnahmen*).²⁰

Laut PRSP liegen die Ausgaben für soziale Investitionen momentan bei 35% der öffentlichen Ausgaben und damit deutlich unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt von 41%. Im PRSP wird kritisch vermerkt, dass die knappen öffentlichen Budgets der vergangenen Jahre notwendige soziale Ausgaben verhindert hätten. Zusätzlich hätten institutionelle Schwächen die Qualität öffentlicher Leistungen stark geschwächt. Die für den Zeitraum 2001-2006 eingeplanten Ausgaben für den Bereich „capacities“ (2,83 Mrd. US\$) waren in der ursprünglichen Kostenberechnung die zweithöchsten (nach „opportunities“), in der angepassten Kostenberechnung liegt dieser Bereich der Strategie vor dem ersten.

6.5.3 Säule „Protection and Security“

Als drittes Element der Strategie soll die Absicherung der Bevölkerung gegen wirtschaftliche Notlagen und bei Naturkatastrophen gestärkt werden, besonders für Kinder, alte Menschen und sozial schwache Gruppen. Unterstützungsmechanismen für die arme Bevölkerung werden für notwendig befunden, da sich gezeigt hat, dass sie am wenigsten Möglichkeiten haben, sich in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu behaupten. Geplant sind unter anderem Wiederaufbaupläne und Gesetzesgrundlagen, um das staatliche Vorgehen im Falle Natur bedingter Katastrophen zu effektivieren. Für die geplante Ausweitung sozialer Absicherungsprogramme (Notfallbeschäftigungsprogramme) stehen nach Angaben des PRSP nur geringe Mittel zur Verfügung. Eingeplante Ausgaben zwischen 2001 und 2006: 282 Mio. US\$.

6.5.4 Säule „Social Participation“

Als vierte Säule des PRSP sollen die Beteiligungsmöglichkeiten und die gesellschaftliche Integration besonders der armen Bevölkerung gestärkt werden, speziell von Frauen und der indigenen Bevölkerung (diese Ziele finden sich außerdem bei den Querschnittszielen wieder). Deren wirtschaftliche, soziale, rechtliche - und im Fall der indigenen Bevölkerung auch kulturelle - Lage soll gestärkt werden, u. a. über eine Stärkung der gesetzlichen Grundlage, über geschlechtsspezifische und ethnische Förderprogramme und bilinguale Bildungsangebote.

Außerdem vorgesehen sind die Stärkung des Menschenrechtsbeauftragten, die Förderung von gesellschaftlicher Organisation und Partizipation und die gesellschaftliche Überwachung der HIPC-Ausgaben für die Armutsbekämpfung. Für die vierte Säule der Strategie sind im Vergleich zu den ersten drei Säulen und den *Cross-Cutting Issues* (s. u.) die wenigsten Ausgaben vorgesehen (15,9 Mio. US\$ zwischen 2001-2006).

²⁰ Das ist nicht neu: So begann die Regierung auch 1998 auf Druck der Weltbank städtische Wasserwerke zu privatisieren, was im Fall der zweitgrößten Stadt Cochabamba zu heftigen Protesten führte (s. auch im Kapitel 6.6 *Bisherige Wirtschaftspolitik und Armutsbekämpfung*).

Als **Querschnittsziele** („*Cross-Cutting Issues*“) werden die Stärkung der staatlichen Kapazitäten und eine effektivere Korruptionsbekämpfung genannt, die Förderung von Frauen und indigener Bevölkerung (s. auch unter 4. Säule) sowie die Berücksichtigung von ökologischen Nachhaltigkeitskriterien. Innerhalb der öffentlichen Ausgaben soll eine Umverteilung zu Gunsten der ärmeren Regionen umgesetzt werden, damit in Zukunft die armen Bevölkerungsgruppen proportional stärker von staatlichen Fördermaßnahmen profitieren.

Dieses Ziel soll vor allem über die **Dezentralisierung** von Ausgabenentscheidungen und Umsetzungsverantwortlichkeiten von der nationalen Ebene auf die Gemeindeebene erreicht werden. So sollen die aus der HIPC-Initiative zur Verfügung stehenden Gelder über einen speziellen Fonds automatisch und in Gänze direkt an die Verwaltungen der Munizipalitäten fließen und zwar verstärkt an die, in denen die Armut besonders hoch ist („National Compensatory Policy“).

Innerhalb der im PRSP festgelegten prioritären Ausgabenbereiche können diese dann selbst entscheiden, wie sie die Mittel verteilen. *Damit besteht allerdings auch die Gefahr, dass die staatlichen Kapazitäten und der politische Wille auf der lokalen Ebene nicht ausreichen könnten, die im Papier skizzierten Maßnahmen befriedigend umzusetzen.* Im PRSP-Prozess fiel die Entscheidung, einen formalisierten Mechanismus zur Überwachung dieser Ausgaben durch die Zivilgesellschaft zu entwickeln. Zum Teil werden die Maßnahmen zur *governance*-Stärkung im PRGF-Programm des IWF abgedeckt (Reformen zur Stärkung der Budgettransparenz und Budgetdezentralisierung, zur Stärkung der Steuer- und Zollbehörden).

6.6 Bisherige Wirtschaftspolitik und Armutsbekämpfung

Bolivien hat im Zuge seiner Zusammenarbeit mit dem IWF und der Weltbank bereits sehr früh umfassende strukturpolitische und institutionelle Reformen umgesetzt und gilt den IFIs als muster-gültiges Reformland. Die Reformagenda unter den seit 1985 kontinuierlich laufenden **Struktur-anpassungsprogrammen** mit den beiden Finanzinstitutionen umfasste die üblichen makroökonomischen und strukturpolitischen Maßnahmen (unter anderem extensive Privatisierungen, Liberalisierungen im Finanz- und Handelsbereich, Reform des Rentensystems, Preiseregulierungen, Arbeitsmarktflexibilisierung, Förderung ausländischer Direktinvestitionen), Reformen im Rechtssystem und im öffentlichen Sektor. Die makroökonomische Situation des Land gilt heute als stabil. Die Inflation, die 1985 die schwindelerregende Höhe von 25.000% hatte, betrug im Jahr 1999 nur noch 3,1%.

Das PRSP spricht im Hinblick auf die Wirtschaftsreformen der letzten 16 Jahre von gravierenden Veränderungen des ökonomischen, aber auch politischen, institutionellen und gesellschaftlichen Gefüge des Landes. Die Reformen hätten die Volkswirtschaft stabilisiert und zur wirtschaftlichen Erholung beigetragen. Doch schon im Vorwort wird darauf hingewiesen, dass die Jahre der Strukturanpassung das Problem der Armut, der Ungleichheit und der sozialen Exklusion nicht gelöst hätten. („Eighteen years of structural adjustment have laid a foundation for economic stability, but they have not paved the way for elimination of social exclusion, nor has satisfactory progress been made in the fight against poverty.“) Der Wachstumsprozess in den 90er Jahren sei ungleich verteilt gewesen (auch regional). Besonders profitiert hätten die kapitalintensiven Sektoren (Elektrizitäts-, Transport-, Finanzdienstleistungssektor)²¹ und die höheren Einkommens-

²¹ Diese seien im Schnitt in den 90ern um jährlich 4,5% gewachsen im Vergleich zu 3,8% im verarbeitenden Gewerbe und 2,5% in der Landwirtschaft.

gruppen. Noch immer lebten zwei Drittel der Bevölkerung in Armut und auch die Verbesserung der sozialen Indikatoren fiel längst nicht so stark aus wie in anderen Ländern der Region.

Im Strategiepapier wird vor dem Hintergrund der vergangenen Erfahrungen die Absichtserklärung abgegeben, die Fragen der sozialen Ausgrenzung, der Ungleichheit und der Armut gleichzeitig und gleichberechtigt mit den makroökonomischen Zielen zu behandeln. Die Lücke zwischen Wirtschaftspolitik auf der einen und Sozialpolitik auf der anderen Seite solle geschlossen werden („Consequently, although the Strategy is being implemented in a context of a market economy, and the need to maintain stability in regard to macroeconomic variables is recognized, it also states that the issues of concern to the people must be dealt with simultaneously – namely, the problems of social exclusion, inequity, and poverty. ... The BRSP endeavors to narrow the gap that exists between economic policy and social policy...“) (PRSP: 11).

Die Bewertung der Wirtschaftspolitik der späten 80er und 90er Jahre fällt bei anderen noch schärfer aus:

Die Anpassungspolitik selbst habe zur Verschlechterung der ökonomischen und sozialen Situation großer Teile der Bevölkerung beigetragen. So seien durch die Privatisierungen Zehntausende Arbeitsplätze im industriellen Bereich verloren gegangen, die Einsparungen in den öffentlichen Ausgaben hätten zu einem weiteren Stellenabbau im öffentlichen Dienst geführt. In den Wachstumssektoren der 90er Jahre seien kaum neue Arbeitsplätze entstanden, ihre Verbindung zum Rest der Wirtschaft sei nur begrenzt.

In der Tat ist die Arbeitslosigkeit von knapp 6 % am Beginn der 80er Jahre sprunghaft auf 18% 1988 gestiegen.²² Die Reallöhne in der Industrie sanken zwischen 1988 und 1991 um 22%. Die im Rahmen der Anpassungspolitik durchgeführte Streichung der Subventionen auf Benzin hat zwischen 1987 und 1989 zu Preissteigerungen um 33% geführt (Avirgan 1995:26, Müller 2001:17).

Auch im PRSP ist von massiven Verschiebungen auf dem **städtischen Arbeitsmarkt** die Rede, die in den ersten Jahren der Strukturanpassung zu einer Zunahme der Armut in den Städten geführt hätten (1989 lebten dort 59% unter der Armutsgrenze). Der Stellenabbau über Einsparungen und Privatisierungen sei nicht ausreichend über neu entstandene Stellen im privaten Sektor kompensiert worden. Große Teile der Betroffenen hätten nur unsichere und niedrig bezahlte Einkommensmöglichkeiten im informellen Sektor gefunden, häufig noch unter der Armutsgrenze.

Laut PRSP waren im Zeitraum 1985 bis 1997 7 von 10 neu entstehenden Beschäftigungsmöglichkeiten Jobs im informellen Sektor, bei Kleinst- und Kleinunternehmen. Nach Angaben von bolivianischen NGOs arbeiten heute 60% der Bevölkerung unter diesen prekären Bedingungen (vgl. „Brief an die EDs“). Dabei handele es sich um prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit niedriger Produktivität, niedrigem Anforderungsniveau und fehlender Absicherung. Insgesamt sei eine zunehmende Fragmentierung des städtischen Arbeitsmarktes festzustellen, die durch die Polarisierung zwischen einem modernen, auf Finanz- und andere Dienstleistungen ausgerichteten Sektor auf der einen und dem informellen oder „semi-professionellem“ Sektor auf der anderen Seite gekennzeichnet sei.

Nach Einschätzung von Avirgan (1995) und anderen gingen die Wirtschaftsreformen der Strukturanpassungspolitik aber auch zu Lasten des Großteils der **Landbevölkerung**. Die Liberalisierung des Außenhandels habe billige Nahrungsmittel auf den einheimischen Markt

²² Allein der Verkauf der staatlichen Zinnminen COLIMBOL hat 23.000 Beschäftigten -oder drei Vierteln der Belegschaft - den Job gekostet (Siebold 1995).

strömen lassen. Die einheimischen Kleinbauern seien unter anderem auf Grund von Land- und Kreditmangel nicht in der Lage gewesen ihre Produktion zu modernisieren, um mit dem verschärften Wettbewerb mithalten zu können. So seien in den 90er Jahren z.B. nur 4% aller vergebenen Kredite in die Landwirtschaft gegangen (Avirgan 1995:26).

Die ökonomische Situation vieler Kleinbauern wurde darüber hinaus ganz massiv durch das staatliche Vorgehen gegen den Anbau und Verkauf von Kokapflanzen verschärft. Der Kokaanbau wird in Bolivien traditionell von Kleinbauern betrieben, weil die Produktivität auch bei schlechter Bodenqualität hoch ist, keine Düngemittel und Pestizide nötig sind und der Verkaufspreis unverhältnismäßig viel höher liegt als für andere Agrarprodukte.²³

Auf Drängen der USA setzte die bolivianische Regierung Mitte der 90er Jahre das Militär gegen Kokaanpflanzungen ein, wobei unzählige Menschen in den ländlichen Gebieten ihre Lebensgrundlage verloren, ohne dass alternative Einkommensmöglichkeiten geschaffen worden wären. Es wird geschätzt, dass der Anbau von Kokapflanzen am Ende der 90er noch immer 25% der Exporte und 10% des BIP ausmacht und 10% der arbeitenden Bevölkerung beschäftigt, darunter viele der ehemaligen Staatsbediensteten und Minenarbeiter, die als Folge der Wirtschaftsreformen ihre Beschäftigung verloren (Krause 1998).

Die prekäre Lage der Mehrheit der bolivianischen Bevölkerung verschärfte sich durch **Wachstumseinbrüche in den späten 90er Jahren** noch weiter. Nach Auskunft des PRSP traf es die armen Bevölkerungsgruppen und die Einkommen im informellen Sektor besonders hart.

Das Wachstum lag 1998 bei 5,2%, 1999 nur noch bei 0,4%. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind durch externe Faktoren wie sinkende Terms of Trade und die Folgen der Wirtschaftskrise in Brasilien 1998 verursacht worden, sowie durch ungünstige Wetterbedingungen („El Niño“, „El Niña“) und das staatliche Vorgehen gegen den Kokapflanzenanbau in den letzten drei Jahren.

Der IWF schätzt, dass das „erfolgreiche Programm“ der Pflanzenzerstörung zu einem wirtschaftlichen Dämpfer im Umfang von 3% des BIP führte, negative Auswirkungen auf die einheimische Nachfrage gehabt hat und vermutlich zu niedrigeren Einkommen im informellen Sektor geführt habe (Art.IV, Pressemitteilung Juni 2001).

Offensichtlich hat sich der Staat ab Mitte der 90er aber stärker um die Armutsbekämpfung bemüht und die Sozialausgaben stetig erhöht, auch in den schwachen Konjunkturjahren (vgl. Minkner-Bünjer 2000). Doch offenbar reichte das bei weitem nicht aus, um die sozialen Missstände großer Bevölkerungsteile zu beheben. Als die Wirtschaft am Ende der 90er Jahre einbrach, verschärfte sich die Situation für Teile der armen Bevölkerung, deren Lebensstandard sich auch in den Jahren des stärkeren Wachstums wenig verbessert hatte, dramatisch.

Im Jahr 2000 kam es als Folge zu einer Reihe schwerer Unruhen, nach dem es bereits in den Jahren zuvor immer wieder Proteste und Streiks gegen die staatliche Wirtschaftspolitik und für Landnutzungsrechte gegeben hatte. In Cochabamba, der zweitgrößten Stadt des Landes, kam es am Beginn 2000 zu großen Demonstrationen, die die Stadt für vier Tage lahm legten. Ursache waren die als Folge der Privatisierung der städtischen Wasserversorgung stark angestiegenen Preise.²⁴ Wie bereits 1995 verhängte die Regierung daraufhin den nationalen Ausnahmezustand

²³ Nach Angaben von Avirgan, die sich vermutlich auf den Anfang der 90er Jahre beziehen, lässt sich mit dem Anbau von Koka noch knapp dreimal so viel verdienen wie mit Kaffee. Mit der Zerkleinerung der Blätter konnte man zwölf mal so viel verdienen wie der Durchschnittslohn beträgt (Avirgan 1995:27).

²⁴ Das private Konsortium hatte die Preise für Wasser angezogen, so dass es zu Preiserhöhungen um bis zu 200% gekommen war. Damit schluckte eine durchschnittliche Wasserrechnung ca. 22% des monatlichen Gehalts eines arbeitenden Mannes, 27% des Gehalts einer Frau (WDM 2000). Die Privatisierung der Wasserversorgung war eine Bedingung der Weltbank für weitere Kredite und

und setzte das Militär gegen die Protestierenden ein. Mindestens ein Jugendlicher starb (woanders ist von sechs Toten die Rede), 175 Menschen wurden verletzt, zwei erblindeten (Hoering 2001, WDR 2000).

Im April 2000 demonstrierten Landbewohner für Land- und Wasserzugang und gegen die Zerstörung der Kokablätteranpflanzungen durch das Militär. Die Proteste werden begleitet von Studentenaufständen und Demonstrationen von Lehrern und Polizisten für Lohnerhöhungen (vgl. WDR 2000). Rücktrittsforderungen gegen die Regierung häuften sich und im Oktober 2000 kam es zu einer Kabinetttumbildung. Die Regierung verabschiedete zwei Pakete zur Ankurbelung der Konjunktur (u. a. vorübergehende Steuererleichterungen und Beschäftigungsprogramme) (Art.IV: S.6).

Sie kündigte außerdem den Vertrag mit dem privaten Wasserkonsortium in Cochabamba und brachte ein nationales Gesetz auf den Weg, das die Selbstverwaltung der Wasserversorgung ermöglicht. Insgesamt hat sie aber während der Wachstumseinbrüche 1999 und 2000 die makroökonomischen Stabilitätsvorgaben des IWF weitestgehend gehalten. So wurde das öffentliche Defizit vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise nach Verhandlungen mit dem IWF – wenn auch nur sehr begrenzt – ausgeweitet. Die Ziele für Inflation und Zahlungsbilanzdefizit lagen im Jahr 2000 sogar noch unter den mit dem Währungsfonds vereinbarten Werten.

Heute steht offenbar die große Mehrheit der bolivianischen Bevölkerung der Anpassungspolitik der letzten Jahrzehnte skeptisch bis ablehnend gegenüber. Bei einer Befragung aus dem Jahr 2000 zur These „Das neoliberale System ist gescheitert“ stimmten 32% der Befragten „absolut zu“, 31% stimmten „zu“ und 19,4% stimmten „mehr oder weniger zu“. Nur 5,5% lehnten die These mit Bestimmtheit ab (vgl. Müller 2001:41).

6.7 Wachstum und Armutsbekämpfung im PRSP

Das bolivianische Strategiepapier setzt zur Armutsbekämpfung stark auf Wirtschaftswachstum, das zum einen in den modernen Sektoren stattfinden soll und zum anderen – stärker als bisher - in arbeitsintensiven Bereichen. Dadurch werden höhere Staatseinnahmen erwartet, die für Armutsbekämpfungsmaßnahmen eingesetzt werden können, sowie positive Wirkungen auf Beschäftigung und Einkommen der ärmeren Bevölkerung.

Das Papier ist deutlich in der Aussage, dass die Erreichung der Armutsziele maßgeblich davon abhängen werden, dass es zu den eingeplanten Wachstumssteigerungen kommt. Auch aus Sicht der IFIs kann die Strategie nur bei Erreichen der erwarteten Wachstumsziele erfolgreich sein und auch nur dann, wenn es zu keiner weiteren Verschlechterung der Einkommensverteilung kommt.

Die Wachstumserwartungen der Armutsbekämpfungsstrategie liegen bei 5-5,5% jährlich für die nächsten fünfzehn Jahre, wobei für 2000 und 2001 noch von jeweils 4%, für 2003 von 5% und ab 2008 von 5,5% ausgegangen wird. Angesichts des Konjunktüreinbruchs am Ende der 90er Jahre (1999: 0,4% Wachstum) und der großen Wahrscheinlichkeit von externen und wetterbedingten Schocks auch in der Zukunft²⁵ ist dies eine eher optimistische Szenario, auch nach Einschätzung des JSA der IFIs.

Allerdings gehen die Schätzungen von Weltbank und IWF im Rahmen der HIPC-Initiative von nicht

Schuldenerlass.

²⁵ Das „El Nino“-Phänomen stellt sich in etwa alle drei Jahre ein.

weniger positiven Annahmen aus: In den HIPC-Dokumenten Boliviens wird von 5,5% Wachstum für 2001, jährlich 6 % bis 2005 und 5% für die Zeit danach ausgegangen. Außerdem werden jährliche Exportvolumenzunahmen von 10% zwischen 2001 und 2003 und 5% ab 2007 erwartet, sowie sich verbessernde Terms of Trade (ToT) bis 2006 und stabile ToT für die Zeit danach. Da das Preisniveau der drei Hauptexportprodukte Sojabohnen, Zink und Erdgas (1/3 der Gesamtexporte) in den letzten Jahren durchaus stark schwankte, mutet das etwas blauäugig an.

Im PRSP wird von einer Steigerung der gesamten Investitionen von 19,4% des BIP 2001 auf 23,3% 2015 ausgegangen. Die öffentlichen Investitionen (ohne konsumptive Ausgaben) sollen im genannten Zeitraum von 7,1% des BIP auf 8,3% steigen.

Das PRSP spekuliert vor allem auf neue Wachstumsimpulse aus intensivierten Erdgasgeschäften mit Brasilien und auf neue ausländische Direktinvestitionen in diesem Bereich (erst kürzlich wurden neue Erdgasvorkommen entdeckt). Wachstumssteigerungen sollen außerdem über die Stärkung der Rahmenbedingungen für private Investitionen und über „flexiblere Arbeitsmärkte“ realisiert werden. Laut JSA und PRSP hängt die erwartete Wachstumssteigerung (und damit die Umsetzung der Armutsbekämpfungsstrategie) davon ab, ob ausländische Direktinvestitionen gesteigert werden können.

Es wird erwartet, dass diese vor allem in die Bereiche Erdgas, Kohlenwasserstoff und Erzabbau gehen werden. Die Strategie hofft darüber hinaus auf verstärkte private Investitionen in den arbeitsintensiveren Sektoren Landwirtschaft, verarbeitende Industrien und Baugewerbe, bleibt zu diesem Thema aber, abgesehen von Verweisen auf geplante umfassendere Beteiligung des privaten Sektors im Infrastrukturbereich und auf klarere Besitz- und Landrechte, relativ unkonkret.

Insgesamt wird in der Strategie nicht wirklich deutlich wie das strategische Ziel des Wachstums in beschäftigungsintensiven Sektoren eingelöst werden soll. Es wird nicht klar, wie der Brückenschlag zwischen den modernen Wirtschaftssektoren (Hauptempfänger der ausländischen Investitionen und kapitalintensiv) und einer stärkeren Beschäftigung der ärmeren Gruppen zu erreichen ist (siehe unten). Wenn hier keine stärkere Verknüpfung gelingt, steht zu befürchten, dass die Probleme der letzten Jahrzehnte auch mit der PRSP-Strategie nicht überwunden werden.

Der eingeschlagene Weg wird auch nicht vor dem Hintergrund seiner Umweltauswirkungen thematisiert. Dabei enthält das PRSP an anderer Stelle einen ausführlichen Abschnitt zum Thema Umwelt. Dort wird die starke Verunreinigung von Trinkwasser in den Städten und Peripherien der Städte als eines der wesentlichen Umweltprobleme Boliviens genannt, für das die Bergbaufirmen zusammen mit verarbeitenden Industrien die größte Verantwortung tragen. Die erwarteten und erhofften Mehrinvestitionen im Bergbausektor werden jedoch nicht vor diesem Hintergrund diskutiert.

Momentan sieht es nicht – oder zumindest noch nicht - so aus, als erfüllten sich die Wachstumserwartungen des PRSPs. Die Steigerung des BIP lag 2000 und in den ersten sechs Monaten des Jahres 2001 bei nur 2,4% statt der erwarteten 4%. Die einheimische Nachfrage stieg um nur 1,6%. Eine Dürre zu Beginn 2001 zerstörte 30% der Sojabohnenernte, eines der wesentlichen Exportprodukte des Landes.

Das gibt Anlass zur Sorge. Denn nach Auskunft des PRSP hätte die Berechnung eines „Risiko-szenarios“ - das sich an den ToT-Schocks der 80er und 90er Jahre orientiert – ergeben, dass es bei niedrigeren als den erwarteten Wachstumsraten kurzfristig sogar zu einem weiteren Anstieg der Einkommensarmut kommen würde. Danach würde die Armut langsamer als erwartet abneh-

men. Die im Papier genannten Entwicklungsziele würden sich um drei bis vier Jahre nach hinten verschieben.

Im PRSP wird auf die Gefahr sich weiter verschärfender sozialer Unruhen verwiesen, sollte sich die Lage der Bevölkerung nicht sehr schnell verbessern. Um die negativen Wirkungen von Wachstumsschocks abzufedern, wäre der Ausbau der sozialen Sicherungsnetze notwendig, für den die Regierung laut PRSP allerdings keinen finanziellen Spielraum hat (PRSP: S. 206). Das bedeutet, sofern nicht externe Geber zusätzliche Mittel für die Finanzierung von Absicherungsmaßnahmen bereitstellen, sind die armen Bevölkerungsgruppen auch künftigen Krisen weitestgehend schutzlos ausgeliefert.

6.8 Makroökonomische Stabilitäts- und Strukturmaßnahmen im PRSP

Das Strategiepapier enthält ein klares Bekenntnis, an der Stabilitäts- und Wachstumsstrategie der letzten Jahre festzuhalten. Gleich zu Beginn des PRSP-Kapitels zum makroökonomischen Kontext der bolivianischen Strategie steht die Erklärung, die Maßnahmen der Armutsbekämpfung dürften zu keinen Kompromissen bei der Fiskal-, Geld-, der Handels- und Finanzpolitik führen. Eine Intensivierung der Strukturreformen sei geplant.

Die makroökonomischen Stabilitätsziele sind ähnlich streng gefasst wie bisher. Die fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen des PRSP sind weiterhin auf eine niedrige Inflation (unter 4%) ausgerichtet. Das öffentliche Defizit soll weiter abgesenkt werden, von 3,7% des BIP im Jahr 2000 auf 1,8% 2007 und 1,3% ab 2008. Das Leistungsbilanzdefizit soll auf unter 5% des BIP fallen, das Handelsbilanzdefizit ebenfalls von z. Zt. knapp 9% auf 5%. Die bei der Zentralbank gehaltenen Devisenreserven sollen dem Wert der Importe von sechs Monaten entsprechen. Wie bereits erwähnt hielt die Regierung auch während der sozialen Proteste die Stabilitätsvorgaben des IWF nahezu vollständig ein (das Defizitziel wurde allerdings um 0,3% des BIP ausgeweitet) und lag im Jahr 1999 und 2000 mit 3,1% und 3,4% Inflation sogar unter dem vereinbarten Ziel.

Die Stabilisierungs- und zum Teil auch die Strukturziele des PRGF sind Konditionalitäten des laufenden IWF-Programms mit Bolivien. Das PRGF-Programm will dem Land helfen, die Wachstumsziele des PRSP zu erreichen und sieht darin den Beitrag des IWF zur Umsetzung der bolivianischen Armutsbekämpfungsstrategie. Aus Sicht des IWF sind für ein intensiviertes Wachstum Reformen in der Verwaltung und dem *Governance*-Bereich, weiter gehende Arbeitsmarktflexibilisierungen, Inflationsraten unter 4%, das Absenken des öffentlichen Defizit bis 2008 auf 1,3% des BIP und Reformen im Steuersystem notwendig.

Ähnlich wie bei der makroökonomischen Agenda des PRSP ist auch in Bezug auf die Strukturmaßnahmen Kontinuität in dem bisherigen Vorgehen geplant wobei laut PRSP die Anstrengungen bei Reformen im Rechtsbereich und im Arbeitsmarkt (s. unten) intensiviert werden sollen.

Bolivien will an seinem offenen Außenhandelssystem festhalten.²⁶ Im Rahmen der Vereinbarungen mit dem IWF sicherte die Regierung zu, unter keinerlei Umständen auf Handelsrestriktionen zurück zu greifen. Die Regierung will sich nach Auskunft des PRSP künftig stärker für die Öffnung der Märkte im Ausland (besonders USA) für die Produkte Boliviens einsetzen.

Wie im Abschnitt zu den Wachstumserwartungen des PRSP erwähnt, setzt das Strategiepapier große Hoffnungen in die dynamischen Effekte der modernen Wirtschaftssektoren und geht von

²⁶ Der IWF gab Bolivien in einem Ranking zur Handelsliberalisierung die Note 1, was der größt-möglichsten Offenheit entspricht.

neuen (ausländischen) Investitionen in diesen Bereichen aus. Um die ausländischen Direktinvestitionen insgesamt zu steigern, sind weitere Maßnahmen zur Beförderung eines **privatsektorfrendlichen** Umfelds geplant (Rechtsreformen Aufrechterhaltung makroökonomischer Stabilität). Bereits jetzt sieht die bolivianische Gesetzgebung laut PRSP eine Gleichbehandlung ausländischer und einheimischer Investoren vor.

Trotz der wiederholten Betonung des PRSP, die Einkommensmöglichkeiten der armen Bevölkerungsgruppen ausweiten zu wollen, wird nicht deutlich, inwiefern die geplante Privatsektorförderung des PRSP dieses Ziel befördern soll. Die geplanten Reformen sind voraussichtlich geeignet, Investitionen ausländischer Anleger in den Sektoren Bergbau, Kommunikation und Transport weiter zu steigern.

Diese Politik (u. a. Gleichbehandlung ausländischer und einheimischer Anleger, Verzicht auf Beschränkungen für ausländische Anleger, ihre Gewinne ins Ausland zu transferieren) zeigte bereits in den 90er Jahren Wirkung. So verdoppelten sich allein zwischen 1994 und 1999 die ausländischen Direktinvestitionen und lagen am Ende der 90er Jahre bei knapp 10% des BIP. Doch in den modernen, kapitalintensiven Bereichen, in denen sich diese Investitionen konzentrierten, entstanden kaum neue Arbeitsplätze.

Da die Unternehmen nur geringe Steuern zahlen müssen, hielten sich auch die positiven Wirkungen auf die öffentlichen Einnahmen in Grenzen. Obwohl diese Problematik im Analysekapitel des PRSPs ausführlich thematisiert ist, werden im Strategiekapitel keine Konsequenzen für die Zukunft gezogen. Doch bei einem reinen Festhalten am jetzigen Vorgehen, muss befürchtet werden, dass auch die erhofften neuen ausländischen Investitionen nur wenig zum Armutsabbau beitragen werden, zumindest nicht über den Weg der Schaffung neuer Einkommensmöglichkeiten. Zwar wird im PRSP auch das Ziel genannt, ausländische Direktinvestitionen stärker in arbeitsintensive Bereiche zu holen (zum Beispiel Straßenbau und –instandhaltung), doch bleibt es relativ unklar, wie das geschehen soll.

Auch die bereits weit fortgeschrittene **Privatisierungsagenda** wird gemäß den Auflagen der Bretton Woods Institutionen fortgesetzt. Mittlerweile sind nahezu alle großen staatlichen Monopolbetriebe im Bergbau, Verkehr, im Erdgas-, Elektrizitäts-, Wasserversorgungs- und Kommunikationsbereich aufgelöst. Aktuell steht der Verkauf weiterer Unternehmen in der Bergbau- und Erdgasbranche, im Telekommunikationsbereich, von städtischen Elektrizitätswerken und milchverarbeitenden Betrieben an.

Im PRSP ist außerdem von geplanter Privatsektorbeteiligung im Infrastrukturbereich die Rede. Private Investoren sollen künftig sowohl bei den wichtigsten Verkehrswegen als auch im lokalen Straßennetz eine stärkere Rolle spielen. Dieses Ziel ist auch eine der Kernkonditionalitäten (*benchmark*) des Weltbankprogramms. Geplant ist die Ausgabe von Konzessionen für den Privatsektor für 28% des Hauptstraßennetzes („primary network“) bis 2006. Im Rahmen des Weltbankprojekts „*Abapo-Camiri-Highway*“ sollen außerdem Beschäftigungsmöglichkeiten für arme Gruppen vor Ort geschaffen werden.

Offenbar sollen private Akteure auch in der sozialen Grundversorgung eine stärkere Rolle spielen. Im PRSP finden sich allerdings Hinweise darauf, dass es im Falle der abgelegenen Regionen des Landes keinesfalls als sicher gilt, ob der private Sektor eine flächendeckende Versorgung wirklich Gewähr leisten kann und dass es dafür effektiver staatlicher Regulierung bedarf.

Im Strategiepapier heißt es: „In rural areas, low demographic pressure in various regions is a disincentive to the expansion of basic services and electrical power; appropriate structures are

therefore needed to supervise the attainment of the expansion and quality goals that the private sector has agreed to pursue in the provision of services.“ (PRSP, S. 137)

Ähnlich wie bei den anderen Maßnahmen der Privatsektorförderung wird auch die Privatisierungspolitik keiner Analyse und kritischer Bewertung unterzogen. Auch hier soll die Agenda unverzagt weiter fortgeführt werden. Angesichts der starken Kritik und massiven Proteste der letzten Jahre gegen den Rückzug des Staates vor allem aus der Grundversorgung (Privatisierung der Wasserversorgung) und angesichts der Tatsache, dass die Privatisierungspolitik auch im Rahmen des zivilgesellschaftlichen Konsultationsprozesses „*Foro Jubilee 2000*“ (s. u.) deutlich in Frage gestellt wurde, überrascht das doch etwas. Das Armutsbekämpfungsstrategiepapier geht weder auf die weit verbreitete Kritik dieser Politik ein, noch erläutert sie, inwiefern weitere Privatisierungsschritte zum Abbau der Armut beitragen sollen.

Allerdings finden sich sowohl im PRSP wie auch in den Dokumenten der IFIs Hinweise auf eine weiter gehende **Flexibilisierung des Arbeitsmarktes**. Im PRSP wird dies („modern labor law“) vor dem Hintergrund der Schaffung neuer Arbeitsplätze erwähnt, in den IFI-Dokumenten als Maßnahme, das Umfeld für private Investoren zu stärken (verbunden mit der impliziten Annahme damit einhergehender Beschäftigungsgewinne). Leider geht aus den IFI-Dokumenten nicht hervor, an welche Schritte konkret gedacht wird und ob diese den Forderungen der beteiligten Bevölkerung im offiziellen PRSP-Prozess Nationaler Dialog nach Arbeiterschutz und klaren Arbeitsstandards („maintaining worker protection, providing clear standards“ (PRSP, S. 53) entsprechen.

Fakt ist aber, dass die Regierung bisher auf Grund der angespannten politischen Lage darauf verzichtet hat, diese Agenda weiter zu verfolgen, was Anlass zur Vermutung gibt, dass die geplanten Reformen nicht unbedingt den Vorstellung großer Teile der Bevölkerung von Beschäftigungsförderung und Armutsbekämpfung entsprechen. Die IFIs drängen zwar auf weitere Flexibilisierungen, können diese momentan aber nur eingeschränkt befördern, da die aktuell laufenden Weltbank- und IWF-Programmen keine arbeitsmarktpolitischen Konditionalitäten enthalten, was von beiden Institutionen wiederholt bedauert wird. Momentan werden somit nur entsprechende Pilotprojekte umgesetzt „... to demonstrate the benefits a modern labor law would permit ...“ (Art IV, S.19).

Insgesamt gilt sowohl für die Passagen des PRSP zu makroökonomischer Stabilität als auch für die Abschnitte zu den geplanten Strukturreformen, dass der Zusammenhang zwischen den in diesem Bereich geplanten Politikmaßnahmen und den Zielsetzungen der Armutsbekämpfung nicht explizit oder so gut wie nicht dargestellt wird.

Das ist besonders problematisch, da offensichtlich bei einer Reihe der anstehenden Reformen damit zu rechnen ist, dass sie die Lage armer Bevölkerungsgruppen - zumindest vorübergehend – weiter verschlechtern. So heißt es auch im JSA kritisch über die Strategie Boliviens: „It does not, however, calculate the likely impact of proposed policy measures on the poor. While the policies in the PRSP are designed to benefit the poor in the medium term, some policies could have negative short-term impact on some poor people“ (JSA, S.8).

An anderer Stelle klingt es fast, als erwarteten die IFIs sogar soziale Proteste als Folge der Armutsbekämpfungsmaßnahmen: „Rising social tensions, and a fragile political situation, also may limit the current administration’s ability to meet the goals it has set for itself over the remaining months of its term“ (JSA:1).

6.9 Agrarsektormaßnahmen im PRSP

Die Bekämpfung der ländlichen Armut soll in der bolivianischen Armutsbekämpfungsstrategie eine zentrale Rolle spielen. Entsprechend zielen eine Reihe der PRSP-Maßnahmen auf die Förderung der ländlichen Entwicklung und des Agrarsektors. Abgesehen von der Förderung der Landwirtschaft will die Regierung die Entwicklung des ländlichen Raums über eine Unterstützung des Tourismus, des (Kunst-)Handwerks und des Handels befördern.

Die PRSP-Strategie hat das Ziel, die ländliche Armut von 82% (1999) auf 52% (2015) zu senken. Im Papier wird davon ausgegangen, dass die ökonomische und soziale Situation der Landbevölkerung trotz des gesamtwirtschaftlichen Wachstums der 90er Jahre unverändert schlecht geblieben ist.

Andere Beobachter gehen davon aus, dass sich die Situation der Kleinbauern noch verschlechtert hat, als Folge der Wachstumsstrategie nach 1986, der Naturkatastrophen der letzten Jahre (El Niño, La Niña) und ganz besonders als Folge der staatlichen Zerstörung von Kokapflanzen. Es überrascht, dass die Kokapolitik der Regierung im PRSP so gut wie gar nicht angesprochen wird. Abgesehen von einem Halbsatz, werden weder deren Auswirkungen auf die betroffenen Kleinbauern thematisiert, noch wird die Frage alternativer Einkommensmöglichkeiten für diese angesprochen.

Das PRSP sieht die wesentliche Ursache für die starke ländliche Armut in der niedrigen Produktivität der Landwirtschaft. So lägen die Ernteerträge und die Produktivität deutlich niedriger als in anderen Ländern der Region. Die ungenügend ausgebauten Transportwege hätten die Etablierung von Märkten verhindert, auf denen die Landbevölkerung ihre Waren handeln kann. Das hätten sich Zwischenhändler zu Nutze gemacht, die ihre Preise relativ unabhängig von Angebot und Nachfrage festlegten und denen die Kleinbauern weitestgehend ausgeliefert seien. Die Kleinbauern, die in weiten Teilen Subsistenzwirtschaft betreiben würden, hätten so gut wie keine Verbindungen zum modernen Sektor, zu technischen Innovationen und zu Marktstrukturen. Die Landflucht der 80er und 90er Jahre habe darüber hinaus zu einem Arbeitskräftemangel in einigen Agrarregionen geführt.

Als hindernde Faktoren nennt das PRSP: mangelnder Wasser-, Strom-, Infrastruktur-, Kredit- und Landzugang, niedrige Qualität von Saatgut und landwirtschaftlichen *Inputs*, niedrige Investitionen und fehlende Märkte.

Ausgehend von dieser Analyse will die Regierung im Rahmen der PRSP-Strategie die Chancen kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe über technisches Know-How und verbesserten Zugang zu Mikrokrediten stärken. Die Regierung will den Anteil der Kredite von Mikrokreditinstitutionen für den ländlichen Raum von 32% (2000) auf 45% (2006) ausbauen. Bis 2006 sollen 85% der Gemeinden Zugang zu Finanzdienstleistungen bekommen.

Fehlende Bewässerungsmöglichkeiten sind gerade im Hochland ein schwerwiegendes Problem. Dort hat die Bevölkerung für einen Zeitraum von insgesamt 9 Monaten im Jahr mangelnden Wasserzugang. Bezogen auf ganz Bolivien werden nur 10% des genutzten Landes bewässert. Im Rahmen der Armutsbekämpfungsstrategie soll der Anteil des bewässerten Agrarlands von 250 Hektar (2000) auf 304 Hektar (2006) ausgeweitet werden. Der Zugang zur Stromversorgung soll bis 2006 fast verdoppelt werden.

Die Angaben zu den konkret geplanten Umsetzungsschritten bleiben allerdings relativ abstrakt und das PRSP enthält leider auch keine Angaben, wie viel Förderung für die jeweiligen Bereiche kon-

kret vorgesehen ist. (Es werden nur aggregierte Ausgabenposten für den gesamten Bereich „opportunities“ oder „capacities“ angegeben.)

Die Strategie sieht darüber hinaus vor, die angelaufene Erfassung von Land- und Pachtrechten zu beschleunigen, in der Hoffnung, so längerfristig den Zugang zu nutzbarem Land zu verbessern. Im PRSP heißt es: „The discussions with the participations of civil society made clear how important it is to take account of ancestral principles regarding the use of productive resources, principally water and the land, and to reconcile these views with more modern criteria which at the same time enhance the competitiveness of those sectors traditionally excluded from economic development.“ (PRSP: S.57).

Bis 2006 sollen die Besitzrechte für 54 Millionen Hektar Land gesichert sein. Die Formalisierung begann 1996 als Reaktion auf nicht abreißende Aufstände der indigenen Bevölkerung, ging aber auf Grund von Widerständen von Großgrundbesitzern und Abholzungsfirmen nur schleppend voran (McCollim 2000). So war der Prozess im Jahr 2000 erst für 11,6 Millionen Hektar abgeschlossen.

Es bleibt abzuwarten, ob die nun geplanten Maßnahmen dem zitierten Ziel gerecht werden, die traditionellen, kollektiven Land- und Wassernutzungsrechte der indigenen Bevölkerung mit einem auf individuelle Eigentumsrechte und Besitz orientierten Ansatz in Einklang zu bringen. Abzusehen bleibt außerdem, ob die Schritte angesichts des extrem ungleich verteilten Landzugangs in Bolivien ausreichend sind. (Bei 87% der ländlichen Betriebe handelt es sich um kleine Einheiten, die zwar ca. 2,7 Millionen Menschen versorgen, aber nur 14% der zu nutzenden Fläche ausmachen.)

Besonders problematisch ist auch, dass in den Kostenberechnungen des PRSP die Ausgaben für die vorgesehene Klärung und Ausweitung der Landnutzungsrechte (sowie für den Ausbau der Stromversorgung in den ländlichen Gebieten, um den Ausbau und die Instandhaltung des Straßennetzes) noch gar nicht ausreichend im Budget abgedeckt waren. (Seit September 2001 läuft allerdings ein Weltbankkredit in Höhe von sechs Mio. US\$ zur Unterstützung der Maßnahmen.)

Auch die IFIs sind im JSA skeptisch, ob das PRSP dem ländlichen Armutsproblem gerecht wird. So sei das Problem der ungleichen Landverteilung seit langem bekannt. Doch die Strategie frage nicht, welche Gründe dafür verantwortlich waren, dass alle bisherigen Reformen wenig erfolgreich geblieben seien und wie das zukünftig geändert werden solle.

6.10 Finanzierung der Strategie, Ausgaben und Einnahmen

Die Regierung will die Höhe und Qualität der Ausgaben für die im PRSP genannten Prioritäten kontinuierlich steigern, dabei das öffentliche Defizit aber insgesamt weiter absenken.

Vor dem Ziel des Defizitabbaus ist der öffentliche Haushalt Boliviens eng begrenzt. Er wird zudem durch die für die nächsten 12 Jahre anstehende Finanzierung der Rentenreform stark belastet, für die jährliche Mittel in Höhe von 3,5% des BIP notwendig sind. Da die makroökonomische Stabilität laut PRSP auf keinen Fall gefährdet werden soll, kann die Regierung nur so viel ausgeben, wie ihr über Einnahmen zur Verfügung steht. Eine Neuverschuldung im Inland ist nicht vorgesehen. Die einheimische staatliche Verschuldung soll im Rahmen der Vereinbarungen mit dem Währungsfonds sukzessive abnehmen und 2006 bei Null liegen (LOI).

Für die Finanzierung der bolivianischen Strategie hängt daher viel davon ab, ob es zu gesteigerten Entwicklungshilfeleistungen kommen wird. („...deficit levels over the next few years will continue to be affected by the cost of structural reforms, particularly pension reforms. Thus, room to allocate grea-

ter resources to social spending is still limited if one simply takes into account resources generated by domestic collections and foreign sources committed to date“, PRSP: S.194).

Angesichts der knappen Kassen soll die Armutsbekämpfungsstrategie in erster Linie über eine **Umstrukturierung** innerhalb der Staatsausgaben zu Gunsten der in der Strategie genannten prioritären Bereiche finanziert werden. Die Ausgaben für die PRSP-Umsetzung sollen in Bezug zum BIP bis 2004 von 10,6% (1999) auf 12,4% steigen. Prozentual zu den Gesamtausgaben ist eine Erhöhung von 36,5% (1999) auf 43% (2003) vorgesehen. Das entspricht einer erwarteten Ausgabensteigerung von 5,154 Mrd. Bolivianos auf 8,329 Mrd. Bolivianos (Art. IV, PRSP).

Die öffentlichen Ausgabenbereiche, die nicht zu den Prioritäten der Armutsbekämpfung gezählt werden, sollen künftig stärker als bisher über private Investitionen abgedeckt werden. Die gesamten Investitionen sollen bis 2015 auf 23,3% des BIP steigen, von heute (2001) 19,4% (PRSP). Dabei sollen die öffentlichen Investitionen (ohne konsumptive Ausgaben) von 7,1% des BIP auf 8,3% steigen, die privaten von 11,8% auf 14,8% des BIP (Art IV).

Angesichts der im PRSP auch konstatierten Notwendigkeit, die Ausgaben deutlich steigern zu müssen, um die Armut abbauen zu können, erscheint die geplante Steigerung der öffentlichen Investitionen gering. Viel wird also davon abhängen, ob es zu den erwarteten privaten Investitionen kommt und ob diese den von der Regierung erwarteten Beitrag zur Armutsbekämpfung auch wirklich leisten.

Bereits zum Zeitpunkt der Formulierung des PRSP wurde deutlich, dass eine **Finanzierungslücke** zwischen den abgeschätzten Kosten der Armutsbekämpfungsmaßnahmen und den zur Verfügung stehenden Mitteln bestand. Laut PRSP wird die Finanzierung der PRSP-Maßnahmen im Zeitraum 2001-2006 voraussichtlich 7,4 Mrd. US\$ kosten. Davon sollen 3,7 Mrd. US\$ aus eigenen Mitteln kommen und 2,8 Mrd. US\$ aus externer Finanzierung, womit Ausgaben in Höhe von 0,9 Mrd. US\$ ungedeckt bleiben (PRSP, JSA).

Aus der HIPC-Initiative werden über die nächsten 15 Jahre 105 Mio. US\$ jährlich erwartet (die Weltbank spricht von 120 Mio US\$). Das bedeutet, dass die Einsparungen aus dem Schuldenerlass nur einen Bruchteil der geschätzten jährlichen Kosten der PRSP-Umsetzung (ca. 1,23 Mrd. US\$) ausmachen. Die Regierung setzt zur Schließung der Finanzierungslücke auf einen Anstieg der ODA-Flüsse, allerdings ist nicht klar, auf welcher Grundlage diese Erwartungen beruhen.²⁷

Nach Auskunft des PRSP sind der Ausbau der Stromversorgung in den ländlichen Gebieten, der Ausbau und die Instandhaltung des Straßennetzes und die rechtliche Klärung und Ausweitung der Landnutzungsrechte die Bereiche, deren Finanzierung nicht oder nicht vollständig gesichert ist. Damit trifft es Ausgaben, die für die Förderung der Einkommensmöglichkeiten der armen (Land-) Bevölkerung zentral sind. An anderer Stelle des PRSP scheint es, als stehe auch für den Ausbau von Absicherungsmaßnahmen für die arme Bevölkerung im Fall von externen oder wetterbedingten Schocks kein Geld zur Verfügung.

Offensichtlich ist auch bei den prioritären Bereichen ein Rückgriff auf **Benutzergebühren** geplant. So heißt es im PRSP „...ensuring that beneficiaries contribute their own resources in the interests of greater development of rural electrification.“ (PRSP:167). Und das JSA gibt sich besorgt, dass geplante Gebühren für Bewässerungsmaßnahmen auf den Unmut der Bevölkerung stoßen könn-

²⁷ Für Bolivien verschärft sich das Problem möglicherweise, da es nach dem momentanen Stand der Dinge so aussieht, als würde das Land 2003 den IDA-Status bei der Weltbank verlieren und damit keinen Zugang mehr zu den besonders günstigen Krediten der Weltbank haben sowie zu denen der IDB (die Berechnung orientiert sich am Pro-Kopf-Einkommen). Die Regierung bemüht sich um eine Ausweitung des IDA-Status bis zum Jahr 2007.

ten.

Leider gibt das PRSP nur Aufschluss darüber, wie viel Geld jeweils insgesamt für die **unterschiedlichen Säulen der Armutsstrategie** zur Verfügung gestellt werden (für „opportunities“, „capacities“, „cross-cutting issues“ etc.) aber nicht darüber, wie hoch die Finanzierung einzelner Aktivitäten innerhalb der übergeordneten Bereiche sein soll. Das heißt, dass z.B. nicht deutlich wird, wie viel die Regierung für Kleinkreditzugang, technische Unterstützung von Kleinstunternehmen, Reformen zur Stärkung der rechtlichen Situation von Frauen usw. jeweils ausgeben will.

Zum Teil mag die fehlende Aufschlüsselung daran liegen, dass vorgesehen ist, einen großen Teil der öffentlichen Ausgaben über die Municipalitäten laufen zu lassen. Innerhalb der genannten Großbereiche „opportunities“ etc. sollen diese selbst auf der Grundlage jeweiliger Prioritäten über die Verteilung auf bestimmte Aufgaben entscheiden dürfen. Bolivien hat allerdings anders als etwa Uganda noch keine mittelfristige Finanzplanung. Das PRSP gilt aber als wichtiger Schritt in diese Richtung.

Angesichts der stark aggregierten Angaben über die geplanten Ausgaben fällt es schwer abzuschätzen, inwieweit die veranschlagten Ausgaben den Zielen der Armutsbekämpfungsstrategie angemessen sind. Die Hinweise im PRSP auf bisher nicht ausreichend gedeckte Maßnahmen deutet aber darauf hin, dass es vor allem die Maßnahmen zur Förderung der Einkommen („opportunities“) sind, deren vollständige Umsetzung gefährdet ist.

Unerwartete Einnahmenausfälle

Die Finanzierungslücke, die schon im PRSP deutlich war, könnte allerdings noch deutlich größer als erwartet ausfallen, da die Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2000 und 2001 schlechter ausfiel als in den Kalkulationen des PRSP angenommen. (2,4% statt der erwarteten 4%) und die Staatseinnahmen damit ebenfalls niedriger waren.

Der IWF ließ sich vor dem Hintergrund der Einnahmenausfälle allerdings nur auf eine minimale Ausweitung des öffentlichen Defizits ein (um 0,3% des BIP), sodass die Regierung, um das Defizit-Ziel ihrer PRGF-Vereinbarung mit dem IWF nicht weiter zu gefährden, mit Ausgabenkürzungen reagierte. Nach Auskunft des IWF sei es nicht zu verhindern, dass das auch die prioritären Ausgaben der Armutsbekämpfung betrifft (Art. IV:11).²⁸

Angesichts der Finanzierungslücke, die bereits vor dem Hintergrund der optimistischen Wachstumserwartungen des PRSP existierte, ist es erstaunlich, dass die **Einnahmenseite** im PRSP und in den Programmen der Bretton Woods Institutionen eine relativ geringe Rolle spielt.

Laut PRSP sollen die Steuereinnahmen, die im Jahr 2000 bei 18,5% des BIP lagen, bis 2008 auf 21,8% steigen. Und im PRSP sowie in den Programmdokumenten des IWF wird immer mal wieder darauf verwiesen, dass neben einer institutionellen Stärkung der Steuerbehörden auch eine umfassende Steuerreform geplant ist, die das Steueraufkommen erhöhen und es zudem progressiver machen soll.

Im Rahmen des PRGF-Programms des IWF sind dann allerdings im Wesentlichen nur Reformen in der Steuerverwaltung und effektivere Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung vorgesehen. Zusätzlich enthält das IWF-Programm Reformauflagen bei den Zollbehörden, von denen

²⁸ Dort heißt es: „...some impact may be unavoidable, however, in view of the large proportions of public investment that falls within the priority areas identified in the PRSP“

Effizienzgewinne und damit höhere Einnahmen erwartet werden. Eine umfassendere Reform des Steuersystems ist nicht Teil der Vereinbarungen mit den IFIs. Doch die Regierung hat bereits die Auflagen des IWF-Programms auf Grund politischer Widerstände im Kongress bisher nur teilweise umsetzen können. Alle weiter gehenden Maßnahmen wurden bis auf die Zeit nach der nächsten Wahl vertagt. (In Dokumenten des IWF finden sich auch Hinweise darauf, dass eine Erhöhung der Benzinsteuern geplant war. Diese sei im Zuge der Proteste des Jahres 2000 vorerst ausgesetzt worden.) Die Entscheidung über eine ursprünglich geplante Steuerbefreiung für Kleinhändler wurde erst einmal auf ungewisse Zeit vertagt.

Im JSA wird angedeutet, dass eine fundamentale Steuerreform nötig sein könnte, um die Finanzierung der Armutsstrategie Gewähr leisten zu können („However, a major reform of the tax structure may also be needed to generate the revenue required.“).

Die zivilgesellschaftlichen Gruppen, die am Foro Jubileo 2000-Konsultationsprozess beteiligt waren (organisiert von der katholischen Kirche, parallel zum offiziellen Prozess, s. u.), haben das Fehlen einer umfassenden Steuerreform im PRSP aus Verteilungsgesichtspunkten scharf kritisiert. Das existierende System begünstige Großverdiener und die geplanten Schritte reichten bei weitem nicht aus, die bestehenden Verzerrungen aufzulösen. Diese Kritik wurde von einem Beobachter des PRSP-Prozesses aus dem BMZ geteilt. Er wird bei Müller folgendermaßen zitiert: „So können sich Boliviens Millionäre auch weiterhin nach erfolgter Volksberatung mit „Sozialagenda“ des gleichen Steuersatzes erfreuen wie die Arbeiter an der Drehbank“ (vgl. Müller 2001:47).

6.11 Der Entstehungsprozess des bolivianischen PRSP

Der offizielle Ausarbeitungs- und Diskussionsprozess des bolivianischen PRSP wurde unter dem Namen „**Nationaler Dialog**“ innerhalb der drei Sommermonate des Jahres 2000 abgehalten. Streng genommen handelt es sich um den Nationalen Dialog II, da bereits 1997 ein erster Konsultationsprozess unter diesem Namen stattgefunden hatte. (Dieser wird übereinstimmend als wenig partizipativ bewertet.)

Die Diskussionen für das PRSP sollten eigentlich bereits im April 2000 beginnen, wurden dann aber auf Grund der sozialen Proteste und des daraufhin ausgerufenen nationalen Ausnahmezustands, verschoben. Die Gespräche begannen auf Ebene der Gemeinden, gefolgt von Workshops auf regionaler und nationaler Ebene, die sich jeweils getrennt mit sozialen, ökonomischen und politischen Fragestellungen beschäftigen. Die zivilgesellschaftliche Beteiligung drehte sich sehr stark um Möglichkeiten der gesellschaftlichen Überwachung der Armutsausgaben.

Bei den Diskussionen zu ökonomischen Fragen des PRSP konnten sich die Teilnehmenden auf keine gemeinsame Erklärung einigen. Im Februar 2001 wurde das vorläufige Strategiepapier vom Kabinett genehmigt, anschließend mit zivilgesellschaftlichen Gruppen diskutiert und noch einmal überarbeitet. Nach Darstellung des JSA wurden daraufhin geschlechtsspezifische, ethnische und ökologische Gesichtspunkte stärker berücksichtigt.²⁹ Das fertige PRSP kam im Mai 2001 zur Abstimmung in den Exekutivgremien des Währungsfonds und der Weltbank. Dem bolivianischen Parlament war das Papier nicht vorgelegt worden (JSA, PRSP).

²⁹ Hierzu gibt es allerdings auch andere Bewertungen. UNDP schreibt in ihrem Beitrag zur PRSP-Review-Konferenz der Bretton Woods Institutions zum Prozess in Bolivien: „Regarding feedback and consultations, the process of writing the BPRS was closed to participation from civil society, with the exception of an event titled ‚The Government Listens.‘ In this event the government made a limited response to protests from CSOs on the lack of consistency between the conclusions of the Dialogue and the BPRS.“

Die gesellschaftliche Beteiligung am Nationalen Dialog war von den sozialen Konflikten und Protesten gegen die Privatisierungspolitik im Wassersektor, die Kokavernichtungspolitik der Regierung und Forderungen nach Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst überlagert. Die großen Gewerkschaften des Landes, die der Regierung bei diesen Streiks und Protesten auf der Straße gegenüber standen, verweigerten ihre Teilnahme am offiziellen PRSP-Prozess.

Unabhängig vom offiziellen Prozess fand unter dem Namen „**Foro Jubileo 2000**“ in den Monaten vor dem Nationalen Dialog ein anderer umfangreicher zivilgesellschaftlicher Diskussionsprozess statt. Dieser wurde von der katholischen Kirche koordiniert. Neben den Organisationen, die in der Schuldenerlasskampagne aktiv waren, nahmen so gut wie alle Sektoren der bolivianischen Gesellschaft an Workshops auf regionaler und nationaler Ebene teil.

Hier waren auch die großen Gewerkschaften beteiligt sowie Unternehmensverbände, Zusammenschlüsse von Landwirten und Landarbeitern, die Presse, Studenten-, Frauen- und Umweltorganisationen, Menschenrechts-, Behinderten- und Rentnergruppen. Mit ca. 90 Abgesandten aus den Regionen, knapp 300 Vertretern von 114 Organisationen und 64 internationalen Vertretern gilt der parallele Prozess *Foro* vielen als der größte gesellschaftliche Konsultationsprozess in der Geschichte des Landes. Die Entscheidung für einen parallelen, vom Nationalen Dialog abgekoppelten Prozess war dadurch motiviert, dass viele der Bereitschaft der Regierung zu echter Kooperation und Beteiligung misstrauten.³⁰ Es gab abgesehen vom *Foro Jubileo* noch eine Reihe anderer, kleinerer Konsultationsprozesse.

Die im Rahmen des parallelen Konsultationsprozesses beteiligte Bevölkerung hatte in den thematisch weiter reichenden Veranstaltungen des *Foro* folgende Schwerpunkte gesetzt: Die Teilnehmer hatten sich für einen partizipativen Monitoringmechanismus der Armutsbekämpfungsausgaben ausgesprochen. Die Politik der Strukturanpassung war zusammen mit einer fehlgeleiteten Ausgabenpolitik und weit verbreiteter Korruption für die soziale Misere des Landes verantwortlich gemacht worden. Die Beteiligten wollten den Staat als Motor von Entwicklung gestärkt sehen.

Einheimische Produzenten sollten durch Subventionen und gegebenenfalls Schutzmaßnahmen gestärkt werden. Des Weiteren war eine Steuerreform gefordert worden, die nicht wie bisher Großunternehmen begünstigt, sowie weitere Landverteilungen und mehr Rechtssicherheit für Landzugang. Um die Produktion im ländlichen Bereich steigern zu können, war der Zugang zu Technologien und Krediten gefordert worden, außerdem der Ausbau der Wasserversorgung und des Straßenbaus (CIDSE/ Caritas Internationalis 2001, Müller 2001, WDM 2000).³¹

Die IFIs kommen im JSA zu einer insgesamt positiven **Bewertung des offiziellen Beteiligungsprozesses** „Nationaler Dialog“. Die Regierung hätte sich bemüht, der Beteiligungsprozess sei insgesamt erfolgreich verlaufen und die von der beteiligten Bevölkerung eingebrachten Kommentare seien angemessen in das fertige Strategiepapier eingeflossen. Jedoch gibt es in den Dokumenten der IFIs auch Hinweise, die diese Einschätzung relativieren. So seien nicht alle Gruppen der Gesellschaft in den Diskussionsprozess einbezogen worden (vor allem nicht die politische Opposition), so dass die Akzeptanz des Papiers (das JSA spricht vom „buy-in“) in der Bevölkerung und bei der politische Opposition nur begrenzt sei (JSA:11, 12).

³⁰ Eine durchgeführte Meinungsumfrage zeigte eine ähnlich gelagerte Einschätzung bei der Bevölkerung insgesamt. Über 62% der Befragten hielten das Forum für repräsentativer als den Nationalen Dialog der Regierung. Der katholischen Kirche wurden mehr Ehrlichkeit, Glaubwürdigkeit und Einsatz für die Armen zugeschrieben als den offiziell Verantwortlichen (vgl. Müller 2001:33).

³¹ Die Forderungen gingen nach Einschätzung von Gabriele Müller, die den Prozess des „Forums“ intensiv beobachtet hat, „...über die reduzierte Rolle des Staates als Ordnungshüter hinaus. Die Zivilgesellschaft fordert damit eine Infragestellung und ggf. Revision der Stabilitäts- und Strukturanpassungsprämissen vom Internationalen Währungsfonds und Weltbank“ (Müller 2001:42, 47).

Das positiv ausfallende Fazit der IFIs wird von vielen der beteiligten Gruppen nicht geteilt: Insgesamt habe der offizielle Prozess unter großem Zeitdruck gestanden, mit dem Resultat, dass nicht alle interessierten Gruppen an dem Aushandlungsprozess beteiligt worden seien und Informationen zum Teil nicht rechtzeitig und nicht in der Landessprache zur Verfügung standen (Bretton Woods Project 2000). Offensichtlich waren die Vertreter der Zivilgesellschaft vor allem zum Ende des Formulierungsprozesses nicht mehr angemessen beteiligt (Minkner-Bünjer 2000).

Die Ergebnisse des Nationalen Dialoges seien nur sehr begrenzt in das endgültige PRSP eingeflossen. UNDP spricht in ihrem Beitrag zur PRSP-Review-Konferenz der Bretton Woods Institutionen im Januar 2001 von einem „lack of consistency between the conclusions of the Dialogue and the BPRS“. An anderer Stelle heißt es: „CSO representatives complain that no members of the UDAPE team, in charge of writing the BRSP, actually attended the national Dialogue to listen to the debate and conclusions in person. Neither was anyone who participated in the Dialogue invited to participate in the process of writing the BRSP.“

Eine Erklärung des „*Foro Jubilee 2000*“ (s. u.) zum Nationalen Dialog kritisiert, dass bei den Verhandlungen soziale, ökonomische und politische Themen losgelöst voneinander und in getrennter ministerieller Zuständigkeit diskutiert worden seien. Die zivilgesellschaftliche Beteiligung sei mehrheitlich auf die sozialen Strategien des PRSP, auf Armutslinderung und Abfederung negativer Auswirkungen der Wirtschaftspolitik insgesamt beschränkt gewesen. Der offizielle Prozess habe es versäumt, eine Neuausrichtung der laufenden Strukturanpassungspolitik zu diskutieren, ohne die der Weg aus der Armut nicht gelingen könne. Das sei, laut „Foro“, ärgerlich, da die Bretton Woods Institutionen die Wirtschaftsreformen in Bolivien hinstellten, obwohl es keinen Fortschritt bei der Armutsbekämpfung gegeben habe (zitiert bei CIDSE/ Caritas Internationalis 2001).

Ähnlich fällt auch die Kritik von rund 100 zivilgesellschaftlichen Organisationen in einem Brief an die Exekutivgremien der Bretton Woods Institutionen vom Mai 2001 aus, in dem Weltbank und IWF aufgefordert werden, das PRSP der Regierung in der aktuellen Form abzulehnen.³² Die Organisationen kritisieren, dass die Stabilitäts- und Strukturgrundsätze nicht kritisch hinterfragt und nicht zur Diskussion gestellt worden seien. Die Armutsbekämpfungsstrategie des PRSP sei widersprüchlich, da sie weiterhin auf genau die Strukturanpassungspolitik setze, die zur Armut beigetragen hätte („The cause of poverty is the base of the PRSP model“). Die Regierung vertraue entgegen aller gemachten Erfahrungen darauf, dass das herrschende Muster des ökonomischen Wachstums der Schlüssel zur Armutsbekämpfung sei. Verteilungsprobleme würden nicht ausreichend berücksichtigt.

Auch sie forderten eine umfangreiche Reform des existierenden Steuersystems, das Großverdiener bevorzuge und stark regressiv wirke. Die Wachstumserwartungen des PRSP bewerteten die Absender des Briefes als überzogen und die Umsetzung der PRSP-Maßnahmen damit als gefährdet.

Intermon und Oxfam machen speziell den IWF dafür verantwortlich, dass der makroökonomische Rahmen und die Stabilitätsziele des PRSP nicht zur öffentlichen Diskussion standen.³³

³² Bei den Verfassern handelt es sich um die Mitgliedsorganisationen von sieben bolivianischen NGO-Netzwerken u. a. aus dem Menschenrechts-, Bauern-, Gewerkschafts- und Umweltbereich sowie von Lehrer- und Kleinkreditverbänden.

³³ „The Government and the IMF in Bolivia are closed, especially the latter as to the macroeconomic policies being discussed in the framework and through the lens of the poverty reduction objectives included in the PRSP. The discussion is open to focus on the funds released by HIPC II but the macroeconomic framework, included now in the ESAF/PRGF program, is not open to public debate and scrutiny, nor to an iterative discussion that gives it consistency with the poverty reduction statements made in general IMF/ WB documents and repeated a number of times by IMF officials.“ (Intermon)

Offensichtlich sagte ein Mitarbeiter des IWF vor Ort, dass die makroökonomischen Zielsetzungen der Vereinbarungen mit dem Währungsfonds nicht Gegenstand der Diskussionen im Rahmen des PRSP sein dürften, nahm diese Äußerung später aber wohl zurück (vgl. CIDSE/ Caritas Internationalis 2001).

6.12 Fazit

Das bolivianische PRSP fällt positiv durch die starke Betonung des Ziels der Stärkung der Einkommensmöglichkeiten für die arme Land- und Stadtbevölkerung auf. Abgesehen von der Einkommensdimensionen von Armut will die Strategie aber auch auf andere Dimensionen von Armut wie Machtlosigkeit, geschlechtsspezifische und ethnische Diskriminierung eingehen.

Allerdings gelingt die Verbindung zwischen der Armutsanalyse und den in späteren Abschnitten des Papiers entwickelten strategischen Interventionen, um die Einkommenssituation der armen Bevölkerung zu stärken, nur bedingt. Die Angaben zur Operationalisierung bleiben zum Teil so allgemein (auch in Bezug auf die Ziele im Bereich „*protection and security*“), dass eine Bewertung nur eingeschränkt möglich ist. Das wird noch verstärkt durch die nur stark aggregiert dargestellten Ausgabenplanungen für die Einzelbereiche der Strategie.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass die direkte Armutsbekämpfung (vor allem über die Sozialausgaben) in den Ausgaben der Regierung eine stärkere Rolle spielen wird und dass in diesem Teilbereich der Strategie die stärksten Erfolge zu erwarten sind. Positiv ist die komplette Verteilung der HIPC-Gelder über einen gesonderten Fonds, die überproportionale finanzielle Unterstützung der ärmsten Regionen und der vereinbarte formalisierte Mechanismus des HIPC-Ausgabenmonitorings.

Obwohl im PRSP wiederholt betont wird, die eindimensionale Ausrichtung bisheriger Wirtschaftsprogramme überwinden, Ziele der sozialen Entwicklung, der Armutsbekämpfung und des Wirtschaftswachstums integrieren und das Problem der sozialen Ausgrenzung und Armut lösen zu wollen, wird das Strategiepapier diesem Anspruch nicht gerecht.

Während sich das Papier mit den Armutswirkungen *bisheriger* Wirtschaftsreformen auf makroökonomischer Ebene auseinandersetzt, fehlt diese Analyse bei den geplanten *zukünftigen* Strategien im Stabilisierungs- und Strukturbereich. Die Strategie setzt – ohne Diskussion – auf eine Kontinuität mit Politiken, die in der Bevölkerung stark umstritten sind. Das ist umso bedenklicher, als bereits jetzt abzusehen ist, dass eine Reihe der geplanten Reformen zumindest kurzfristig die Lage armer Bevölkerungsgruppen noch verschlechtern könnte.

Die Verknüpfung der auf stärkeres Wachstum zielenden Reformen und der Schaffung neuer Einkommensmöglichkeiten für die armen Gruppen gelingt nicht. Das Strategiepapier enthält ein klares Bekenntnis, an der Wachstumsstrategie der letzten Jahre fest zu halten. Dabei wird weiter auf die modernen Sektoren gesetzt.

Angesichts der ausgebliebenen Erfolge in der Armutsbekämpfung ist es allerdings problematisch, dass auf die Frage, wie eine wirksamere Integration der ärmeren Bevölkerungsteile in den Wachstumsprozess erreicht werden kann, kaum eingegangen wird. Es deutet vieles darauf hin, dass es bei der Dualität zwischen den modernen und wachstumsstarken Sektoren auf der einen und

„In Bolivia, for instance, the IMF has refused to discuss the macroeconomic programme with civil society. ... At the same time the agenda has been dominated by HIPC, discussions over use of HIPC resource, and by the notion of the use of a 'social fund' to address poverty, rather than coherently reviewing policies for poverty reduction, growth and equity.“ (Oxfam 2000)

speziellen Förderprogrammen für die arme Bevölkerung in traditionellen und informellen Sektoren auf der anderen Seite bleibt.

Eine wesentliche Voraussetzung für ein Wachstum in den Sektoren, in denen die armen Bevölkerungsgruppen aktiv sind, wird in der Armutsstrategie fast gänzlich ausgespart: die starken Ungleichheiten bei der Ausstattung mit Produktionsressourcen. Es spricht wenig dafür, dass die geplanten Maßnahmen zum Landzugang und Kleinkrediten den Anforderungen gerecht werden. Auch auf eine umfassende Reform des stark regressiven Steuersystems wurde verzichtet.

Das bolivianische Strategiepapier steht allerdings unter einer besonders großen Herausforderung, was die Umsetzung der Strategie betrifft: So birgt die starke Betonung von Dezentralisierung die Gefahr, dass vieles auf der Ebene der Munizipalitäten gar nicht umgesetzt werden wird, sei es auf Grund von Kapazitätsproblemen oder fehlender Bereitschaft. Zusätzlich scheint es, als sei es der Regierung nur bedingt gelungen, die Opposition in den Formulierungsprozess der Strategie einzubinden und einen breiten Konsens zu erarbeiten.

So befindet sich die Regierung bereits jetzt in der Lage, für die Strategie wichtige Gesetze im Parlament nicht durchsetzen zu können. Zentrale Entscheidungen werden schon jetzt auf die Zeit nach den nächsten Wahlen verschoben. Inwiefern eine neue Regierung die Ziele des PRSP aber als ihre eigenen ansehen würde, ist ungewiss. Wie auch in den anderen untersuchten PRSPs hängt die Operationalisierung der Strategie maßgeblich davon ab, dass genügend finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen.

Und ebenfalls ähnlich wie in den anderen Länderfällen wurden bereits bei der ersten Kostenplanung eine Finanzierungslücke offensichtlich, die in den kommenden Jahren noch größer werden könnte, nämlich dann, wenn das Wirtschaftswachstum nicht so stark ausfällt, wie im PRSP erwartet. Leider spricht einiges dafür, dass die ursprünglichen Wachstumserwartungen zu hoch gegriffen waren. Angesichts dessen ist es besonders problematisch, dass im Rahmen des PRSP noch nicht einmal Sicherungsnetze für die arme Bevölkerung in Fällen von Krisen vorgesehen sind.

Angesichts der miserablen Lage weiter Teile der Bevölkerung und vor dem Hintergrund der starken innenpolitischen Konflikte (die letzten großen Proteste indigener Kokabauern waren im Januar 2002), wird es für die Regierung notwendig sein, schnell deutliche Erfolge in der Armutsbekämpfung aufweisen zu können. Ob ihr das mit dem vorgelegten Papier gelingen wird, muss bezweifelt werden.

6.13 Dokumente und Literatur zum Bolivien-Kapitel

Offizielle Papiere

(PRSP) Republic of Bolivia: Poverty Reduction and Strategy Paper. März 2001.

(JSA) Bolivia. Poverty Reduction Strategy Paper. Joint Staff Assessment. Mai 2001.

(Art. IV) International Monetary Fund: Bolivia. Staff Report for the 2001 Article IV Consultation and Request for Third Annual Arrangement Under the poverty Reduction and Growth Facility. Mai 2001.

(Memorandum) Memorandum of Economic and Financial Policies. Attachment II in Art. IV.

Weltbank/ IWF: HIPC-Initiative. Status of Implementation, 26.9.2001.

Weltbank: Summary of Discussion at the Joint Meeting of the Executive Directors of the bank and IDA and the Board of Directors of IFC, June 5, 2001. Washington, DC 2001.

Weltbank: Programmatic Structural Adjustment Credit for Decentralization. Washington, DC 2001.

Weltbank: Bolivia: Country Assistance Strategy Progress Report. Washington, DC 2001.

Andere Quellen

Avirgan, Tony/Parsons, Laura/Hammond, Ross: Structural Adjustment in Bolivia: Inducing Illegal Drug Production. In: Structural Adjustment and the Spreading Crisis in Latin America. The Development Gap. Washington, DC 1995

Bretton Woods Project: A Wolf in Sheep's Clothing. London, 2000.

CRS: Review of the Poverty Reduction Strategy Paper Initiative. Catholic Relief Services. Baltimore 2001.

Hoering, Uwe: Privatisierung im Wassersektor. Entwicklungshilfe für transnationale Wasserkonzerne – Lösung der globalen Wasserkrise? WEED, Bonn 2001.

Jubilee 2000/Bolivien: Erklärung des Nationalen Forums, April 2000. In: CIDSE/Caritas Internationalis: Von der Verschuldung zur Armutsbekämpfung. Kasten6: Die katholische Kirche Boliviens und das Strategiepapier zur Armutsbekämpfung (PRSP). Brüssel/Vatikanstadt, 2001

Krause, Patrick: Bolivien. Fakten und Profile zur Armutssituation. GTZ. Eschborn 1998.

McCollim, Elena: Bolivia in the Struggle Against Poverty: Is the International Debt Relief Initiative Working? Bread for the World Institute. Debt & Development Dossier. Nr. 4, 2000.

Minkner-Bünjer, Mechthild: Entschuldungsinitiative HIPC für Bolivien: eine neue Chance für die Armutsbekämpfung? In: Brennpunkt Lateinamerika. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft. Institut für Iberoamerika-Kunde Hamburg. Nr. 24, Dezember 2000: 243-257.

Müller, Gabriele: Die HIPC (Heavily Indebted Poor Countries)-Initiative der Internationalen Finanzorganisationen – Chancen und Grenzen. Fallsbeispiel Bolivien. Bremen, 2001

Oxfam International: Rhetoric and Reality. 2000.

Privatisierung der Wasserversorgung. Punkt IV: Privatisierungsdruck durch Weltbank/IWF. Fact Sheets zur Recherche für Helvetas Privatisierung der Wasserversorgung

Siebold, Thomas: Die soziale Dimension der Strukturanpassung – eine Zwischenbilanz. INEF Report Heft 13/1995. Duisburg 1995.

„We are for Poverty Reduction but not like this“ Brief von bolivianischen zivilgesellschaftlichen Gruppen an die Exekutivdirektoren des IWF und der Weltbank. Eurodad PRSP-Watch, email vom 1. Juni 2001.

Positionspapier von bolivianischen zivilgesellschaftlichen Gruppen, übersetzt von Eurodad. Eurodad PRSP-Watch, email vom 28. 5. 2001

WDM: States of Unrest. Resistance to IMF policies in poor countries. World Development Movement, London 2000.